



AUGE

Alternative und Grüne GewerkschafterInnen / UG Salzburg
C/O Robert Müllner, , Tel: 0676 / 911 10 09
Samstrasse 30 A-5023 Salzburg
Mail: robert.muellner@auge-ug.at
www.auge-ug.at

An die 02. Vollversammlung am 02.06. 2014
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Salzburg

Das Transatlantische Handels- und Investitionsabkommen (TTIP). Ist es ein Freibrief zur Deregulierung, Angriff auf Arbeitsplätze, Ende der Demokratie?

Das Transatlantische Handels- und Investitionsabkommen (TTIP) ist ein umfassender Freihandels- und Investitionsvertrag, der gegenwärtig – unter Ausschluss der Öffentlichkeit – zwischen der Europäischen Union und den USA verhandelt wird. Wie Vertreter beider Seiten bestätigen, ist das Hauptziel von TTIP die Beseitigung von regulativen „Hindernissen“, die potenzielle Gewinne transnationaler Unternehmen auf beiden Seiten des Atlantiks beschränken. Jedoch handelt es sich bei diesen „Hindernissen“ um einige unserer wertvollsten Sozialstandards und Umweltvorschriften, wie Arbeitsrechte, Regeln bezüglich der Nahrungsmittelsicherheit (einschließlich der Begrenzung von GMOs), Regeln zum Gebrauch von Giftstoffen, digitale Datenschutzrechte oder neue Regeln zur Bankensicherheit, die eingeführt wurden, um eine Wiederholung der Finanzkrise von 2008 zu vermeiden. Mit anderen Worten: es steht viel auf dem Spiel.

Mehr als 170 Organisationen aus Europa und den USA haben sich in einem offenen Brief an EU-Handelskommissar Karel de Gucht und den US-Handelsbeauftragten Michael Froman gewandt. Sie verlangen mit einem Fragenkatalog Antworten auf acht Fragen zum umstrittenen EU-USA-Handelsabkommen TTIP, die trotz der behaupteten Transparenzoffensive der EU nach wie vor unklar sind. Durchgesickerte Textentwürfe geben Anlass zu der Annahme, dass die ständig wiederholten Behauptungen nicht stimmen, die Verbraucher-, Umwelt- und Sozialstandards würden nicht abgesenkt. Allein die Pläne, Standards gegenseitig anzuerkennen, bedeuten faktisch eine Absenkung auf den niedrigsten Standard. „Regulatorische Kooperation“ ist eines der Ziele, die die EU-Kommission mit dem geplanten Handelsabkommen mit den USA verfolgt. Was harmlos klingt, hat in Wirklichkeit weitreichende Auswirkungen auf den parlamentarisch-demokratischen Gesetzgebungsprozess.

Der sogenannte „Rat für regulatorische Kooperation“, der im Rahmen von TTIP eingerichtet werden soll, würde Konzernvertretern schon im Vorfeld des Gesetzgebungsprozesses ein Mitspracherecht bei der Festlegung politischer Maßnahmen geben.

„Die ‚Kooperation‘, um die es hier geht, ist daher ein zwischen politischen und ökonomischen Eliten auf beiden Seiten des Atlantiks ausverhandelter Anschlag auf die Interessen der Bevölkerung. „Die korrekte Bezeichnung wäre also ‚Deregulierungs-Rat‘.“

Auswirkungen auf gesamten Alltag

Sollte etwa ein europaweites Gesetz zum Verbot von Fracking oder die Einführung eines europaweiten Mindestlohns geplant sein, dann würde dieses Vorhaben – noch bevor je ein Parlament einen Gesetzesvorschlag sieht - in diesem Rat besprochen werden und auf seine Auswirkungen auf den Handel zwischen beiden Regionen geprüft werden. Aufgrund des privilegierten Zugangs von Konzernen zu diesem Rat ist dieses Gremium letztlich ein institutionalisiertes Extraforum, um vorab gegen Gesetze zu lobbyieren, die den Profitinteressen der Konzerne zuwiderlaufen.

TTIP greift auf breiter Basis in den Alltag der BürgerInnen ein!

- Von Lebensmittelstandards

- über Arbeitsrechte

-bis zu ganz grundsätzlichen Fragen der Demokratie ist jeder Bereich betroffen. Statt den versprochenen Verbesserungen drohen Standardnivellierungen nach unten und noch mehr Einfluss von Konzernen auf jeden Bereich des Alltags der Menschen.

Für eine Demokratie ist es unabdingbar, die entsprechenden Verhandlungsdokumente zu veröffentlichen, denn die Menschen haben ein Recht darauf, alles über diese weitreichenden Planungen zu erfahren.

Die AUGÉ/UG stellt daher den

A N T R A G

Die 2. Vollversammlung der AK- Salzburg fordert die Bundesregierung auf, bevor dieses Abkommen weiter verhandelt wird, zumindest folgende Punkte zu gewährleisten, bzw. braucht die Bevölkerung auf jeden Fall zunächst einmal Auskunft darüber,

- **Wie die geplante „regulatorische Kooperation“ aussehen soll.**
- **Welche Sonderrechte die US-Regierung im europäischen Gesetzgebungsprozess bekommen soll und umgekehrt die EU-Kommission im US-Gesetzgebungsprozess.**
- **Welche Rolle im Gesetzgebungsprozess der geplante „Regulatorische Kooperationsrat“ bekommen soll und wie verhindert werden soll, dass Konzerne und Wirtschaftslobbyisten dort Einfluss nehmen.**
- **Welche Auswirkungen diese Pläne auf die Mitgliedsstaaten der EU und die Bundesstaaten der USA haben.**
- **Ob die geplanten Klagerechte von Investoren bzw. Konzernen auch gegen neue und geplante Gesetze gelten sollen.**

Für die AUGÉ/UG



Müller Robert